

Schwarzwald-Wacht

Verlag: Schwarzwald-Wacht G. m. b. H. Calw. Haupt-
schriftleitung: Friedr. Hans Scheele, Calw. Vertreter:
Hauptredaktion: Rudolf Dangel, Freudenstadt. Anzeigen-
leiter: Georg W. u. r. r. r., Kreisstr., Calw. Geschäftsstelle:
Altes Postamt Fernsprecher 251. Schluß der Anzeigen-
annahme 7.30 Uhr vorm. Druck: A. D. S. L. A. g. e. r. 's
e Buchdruckerei, Calw. D. A. D. I. N. : 3589.

Calwer Tagblatt Nationalsozial. Tageszeitung

Bezugspreis: Monatlich RM. 1.50 durch Träger.
Bei Postbezug zusätzlich Zustellgebühr. — Anzeiger-
preis: Die kleinformatige mm-Zeile 7 Pfg., Restame-
zeile 15 Pfg. Bei Wiederholung Nachsch. Ersättigungs-
ort für beide Teile Calw. Für richtige Wiedergabe von
durch Fernspruch aufgenommene Anzeigen keine Gewähr.

Alleiniges Amtsblatt für Stadt und Oberamtsbezirk Calw

Nr. 35

Calw, Montag, 12. Februar 1934

1. Jahrgang

Die Aufgaben der Frau im neuen Staat

Auf der Amtswalterinnentagung der NS-Frauenenschaft, die am Samstag mittag im Preußenhaus stattfand, nahm der Groß-Berliner Gauleiter, Reichsminister Dr. Goebbels, das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen über die Frauenfrage. Er sagte u. a. aus:

Die nationalsozialistische Bewegung ist ihrer Natur nach eine männliche Bewegung. Sie hat in ihrem Kampfe auch die Augen eines neuen Mannertums in Deutschland wieder zur Geltung gebracht. Sie schuf einen Mannertypus des Heroismus und der Bereitschaft, sich für eine große Sache hinzugeben. Wenn die Männer sich wieder auf ein neues männliches Ideal besinnen, besteht für echte Frauen gar keine Veranlassung mehr, ihnen auf dem Gebiete der Männerarbeit irgendeine Idealkonkurrenz zu bereiten, sondern sie werden sehr bald ihrerseits dem Männerideal eine neue Form des Frauenideals entgegensetzen müssen.

Dr. Goebbels bekannte sich erneut zu dem vor Jahren von ihm schon gebrachten Bilde, daß der Mann der Intendant und die Frau der Regisseur des Lebens sei. Wenn der Mann dem Leben die großen Linien und Formen geben muß, so ist es Aufgabe der Frau, diese Linien- und Formgebung mit innerer Fülle, mit innerer Bereitschaft, mit Farbe zu erfüllen. Das ist durchaus keine Degradierung der Frau, keine Unterwerfung. Wenn das Gebiet der Politik und des öffentlichen Lebens ein Vorrecht des Mannes ist, so gilt das auch für alle Mittel- und Organisationsformen, mit denen das öffentliche Leben nach innen und außen gestaltet wird: Heer und Wehrhaftigkeit, und weiter auch die unmittelbare Staatsgestaltung. Andererseits kommen der Frau alle Gebiete zu, die im wesentlichen auf Inhaltgebung drängen und dafür bestimmt sind. Dazu gehört die innere Lebensgestaltung. Das, was der Mann mit Umfassen angeht, erfüllt die Frau mit Fülle. Deshalb wird ihr als ureigenstes Gebiet die Familie gehören. In ihr ist sie souveräne Königin. Eine weitere Folgeerscheinung aus dieser Zielsetzung ist, daß der Frau als ureigenstes Gebiet auch die Fürsorge für das kommende Geschlecht gebührt.

Ich möchte mich von vornherein dagegen verwahren, daß in dieser Aufgabenabgrenzung ein Leistungsunterschied gesehen wird. Festgestellt wird nur ein Artunterschied, der nicht von uns eingeführt worden, sondern in der Zweckmäßigkeit der Natur liegt.

Wir müssen uns auf das Erbitterteste gegen die Unterstellung verwahren, daß wir der Frau etwas vorenthalten wollten, was ihr eigentlich gehört, daß wir an sich der Frau feindlich gegenübersehen, daß wir die Absicht hätten, die Frau überhaupt aus dem öffentlichen Lebens ausschalten, so nicht, weil herauszudrängen und sie damit zu einem Beweisen zweiter Klasse zu degradieren. Wenn wir die Frau aus den Gebieten des öffentlichen Lebens ausschalten, so nicht, weil wir sie entehren wollten, sondern weil wir ihr ihre eigentliche Ehre zurückgeben möchten. (Lebhafte Beifall.)

Der vornehmste und höchste Beruf der Frau ist immer noch der der Frau und Mutter, und es würde das unaussprechlich Unglück sein, wenn wir uns je von diesem Standpunkt entfernen ließen. Der wahre Mann weiß immer, was er der Frau zu verdanken hat, und er wird, je mehr ihm die Frau neidlos sein Gebiet zubilligt, um so schärfer darüber wachen, daß der Frau ihre eigenen Gebiete auch vorbehalten bleiben.

schlagen: Der deutsche Mann trinkt nicht! Das hat nichts mit der allmählichen Schaffung eines neuen Frauenideals zu tun. Es handelt sich hier um Grundsätze.

Wenn die Frau sich auf ihre ureigensten Gebiete zurückzieht, würde sie in kurzer Zeit die souveräne, anonyme Beherrscherin des Lebens unseres Volkes sein. Der Mann würde ihrer Art und ihrem persönlichen Dasein seinen Schutz verleihen, er würde auch die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen erkämpfen, die notwendig sind, um der Mutterchaft wieder einen Sinn zu geben. Das ist dann der Weg zu einem neuen Frauen- und Familienideal.

Unter lebhafter Zustimmung gab Dr. Goebbels den Frauen zum Schluß die Mahnung auf den Weg, sich dafür zu hüten, daß diese Bewegung ein spießhaftes Getreibe werde.

Auf einer Frauentagung im Berliner Sportpalast sprach vor 25000 Frauen der

Stabsleiter der PD., Dr. Ley, über die künftige Frauenarbeit. Er führte u. a. aus:

Wenn es richtig ist, daß der Jude, Biberalismus und Marxismus, bewußt die Vielheit der Frauenverbände gegründet haben, muß es unser Ziel sein, sie möglichst wieder wegzubringen und die Frau zurückzuführen in die Familie. Die erbbiologische Frage kann nicht allein vom Arzt und durch Gesehe gelöst werden, sondern die deutsche Frau muß die Hüterin des Erbgutes unseres Volkes werden. Die nationalsozialistische Bewegung hat in der Gegenwart nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Führung in der deutschen Frauenwelt zu verlangen.

Unter stürmischem Beifall teilte Dr. Ley dann mit, daß der Vertreter des Führers durch ihn den Pg. Hilgenfeldt zum Amtsleiter der Nationalsozialistischen Frauenenschaft ernannt hat, und daß diese Ernennung in enger Einberührung mit Reichsinnenminister Dr. Frick erfolgt ist.

Manag nahm der neue Amtsleiter der NS-Frauenenschaft, Pg. Hilgenfeldt, das Wort zu richtungweisenden Ausführungen über die Zukunftsaufgaben der deutschen Frau.

Wir haben die Absicht, nach Ablauf des Winterhilfswerkes ein Hilfswerk für die Mütter und das Kind einzuleiten. Wir haben mit einer erheblichen Zunahme des Geburtenreichtums zu rechnen. Deshalb wollen wir anfangen, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, damit sich hier keine Schädigungen ergeben.

Wir Nationalsozialisten bekennen uns zum Leben. Wir werden deshalb auch zu der unehelichen Mutter hingehen, die ein Kind erwartet und werden ihr helfen, ohne daß wir uns das Recht anmaßen, sie abzurteilen. Ich bin der Ansicht, daß wir durch diese Tatkraft uns zu einem höheren sittlichen Ziel bekennen, als wenn wir uns hinstellen würden und diese Mutter verächtlich machten.

Treuekundgebung der württ. Beamten

30 000 Beamte marschierten in der Landeshauptstadt auf

Stuttgart, 12. Februar.

Man muß die Totalität des nationalsozialistischen Staates verstehen können, um zu begreifen, wie es diesem Staat gelingen kann, Sonntag für Sonntag neue Massen von deutschen Menschen auf die Beine zu bringen. Nach den Aufmärschen der männlichen und weiblichen Jugend, des deutschen Arbeitertums, der deutschen Bauern, der Kriegsbekämpften, des Handwerks, der Arbeitsdienstler bezeichnet die Geschichte Stuttgarts für den gestrigen Sonntag einen gewaltigen Aufmarsch der schwäbischen Beamten.

Vom frühen Morgen an, als noch dünner, dießiger Nebel über den feuchten Dächern der Landeshauptstadt schummerte, kamen in 21 Sonderzügen die Beamten aller württembergischen Kreise nach Stuttgart. Aus dem ganzen Land marschierten sie zu ihren Sammelplätzen, aus Bad Mergentheim sowohl wie aus Wangen, aus Laupheim sowohl wie aus Neuenbürg.

Im Hauptbahnhof, wo Lautsprechermusik den Lärm des Hin und Her überlante, war ein unauffälliges Kommen und Gehen. Sonderzug um Sonderzug vollte in die große Halle. Auf den Bahnsteigen ordneten sich die Gruppen, marschierten in Gliedern, die Fahne an der Spitze durch die Vorhallen und von dort durch die nördlichen Bezirke zur Rotenbühlkaserne.

Der Anmarsch

Dort war bereits um 10 Uhr das ganze Viertel mit Menschenmassen angefüllt. Trans-

parente leuchteten von den grauen Mauermauern, in allen Fenstern sah man Soldaten und Zivilpersonen, aus den beiden Ecken strömte immer neuer Zuwachs zu den vielen Tausenden, die sich schon aufgestellt hatten.

Kurz nach 10.30 Uhr — die SA-Kapelle hatte schon verschiedene Märsche gespielt — machten die Menschenmassen in der Mitte feiert, um die einmarschierenden Fahnen zu begrüßen. Die Photographen drängten sich nach vorn, die Arme stülten um Grub nach oben und Begeisterung lag in jedem Gesicht. Ein Wald von Fahnen marschierte heran, an der Spitze des Zuges gingen die Ehrengäste, von den Tausenden jubelnd begrüßt.

Dann nahmen die Fahnenkompanien ihren Platz ein, die Kapelle der Württ. Landespolizei nahm rechtsseitig ihre Aufstellung, während sich die Ehrengäste, unter den sich u. a. auch Polizeigeneral Schmidt-Sogana, Generalmajor Brand und Oberstleutnant Helin befanden, auf die Tribüne verfrachteten.

Nun nahm der Leiter des Amtes für Beamte im Gau Württemberg-Hohenzollern, Ulrich, als erster das Wort, um die Gäste willkommen zu heißen. In erster Linie beehrte er den Reichsstatthalter Müller, den stellvertretenden Gauleiter Schmidt, Wirtschaftsminister Dr. Lehner, Finanzminister Dr. Dehlinger, Staatssekretär Waldmann als Vertreter des Württ. Innenministeriums, Ministerialrat Dr. Dill als Vertreter des Ministerpräsidenten Merano, Oberbürgermeister Dr. Strölin, Kreisleiter Maier und vor allem auch den Leiter des Amtes für Beamte bei der Obersten Leitung der PD., Neef.

Die Organisation der Beamten

Berlin, 11. Febr. Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick und der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß erlassen eine Anordnung über die Organisation der Beamten; in der u. a. bestimmt wird, daß die Zusammenfassung der Beamten als besonderer Stand im ständischen Aufbau des deutschen Volkes und die Eingliederung einzelner Beamtengruppen in den ständischen Aufbau zulässig sind. Der Reichsminister des Innern als der für die Beamtenpolitik verantwortliche Minister ist für die Organisation aller Beamten im Reichsgebiet zuständig. Der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen und der Reichsbund der Deutschen Beamten beruhen beide auf freiwilliger Mitgliedschaft. Ein Zwang oder ein Druck zum Beitritt zu einer dieser Organisationen darf nicht ausgeübt werden.

Grundsätzlich ist der Reichsbund der Deutschen Beamten die Einheitsorganisation für alle Beamten die Beamten mit abweichender

rechts- oder staatswissenschaftlicher Vorbildung, sowie die sonstigen mit richterlichen Geschäften betrauten Justizbeamten (Rechtspfleger) und die Anwälte gehören sowohl in den Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbund, als auch in den Reichsbund der Deutschen Beamten.

Die Mitgliedschaft im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen bringt bei diesen Beamten ohne weiteres die Mitgliedschaft beim Reichsbund der Deutschen Beamten mit sich, ohne daß eine besondere Beitragspflicht zu letzterem gegeben ist. Der Anspruch auf Leistungen sozialer Art (z. B. Sterbegeld) und auf Befreiung der Zeitschriften kann durch Zahlung eines Monatsbeitrages beim Reichsbund der Deutschen Beamten erworben werden.

Der Reichskanzler hat das Recht der Ernennung, Entlassung und Begnadigung der unmittelbaren Landesbeamten auf den preussischen Ministerpräsidenten übertragen.

Sodann ergriß

Reichsstatthalter Müller

das Wort, der die schwäbischen Beamten namens der württ. Regierung begrüßte. Die nationalsozialistische Staatsauffassung, so führte er weiter aus, gibt dem Volke das Primat. Der Staat ist nur dazu da, dem Volk zu dienen. Das Volk ist Organismus, der Staat aber nur Organisation. Der staatliche Verwaltungsapparat muß ebenso durchdrungen sein von der Weltanschauung, die das Volk erfüllt, wenn nicht eine Entfremdung zwischen beiden eintreten soll. Die Regierung hat das Vertrauen, daß die Beamten die Aufgabe der Zeit in nationalsozialistischem Geiste erfüllen. So werden Volk und Staat eine stahlharte Einheit werden und das starke Volkwerk bilden, das unser Volk im Kampfe um sein Dasein bedarf.

Von stürmischem Beifall begrüßt, trat sodann der Leiter des Amtes für Beamte bei der ersten Leitung der PD. und Führer des Deutschen Beamtensbundes,

Hg. Neef-Berlin,

vor das Mikrophon. In eindrucksvollen Ausführungen unriß er zunächst die Aufgaben und Pflichten der Beamten im neuen Staate. Mit dem Typus des unpolitischen Beamten, so betonte er, muß gebrochen werden. Jeder einzelne Beamte muß das nationalsozialistische Gedankengut in sich aufnehmen, wenn er seine Dienstpflicht richtig erfüllen will. Auf die Dauer wird der Beamte ohne nationalsozialistische Weltanschauung seinen Dienst bei der fortschreitenden nationalsozialistischen Gesetzgebung kaum noch versehen können. Der nationalsozialistische Staat kann nicht Menschen zu seinen Repräsentanten machen, die keine Ahnung von der nationalsozialistischen Idee haben. Die Initiative in allen politischen Dingen geht von der Partei aus. Der Staat ist in diesem Zusammenhang nur der organisatorische Mittler zur Durchsetzung der Ziele der politischen Partei. Da die Einheit von Partei und Staat sichergestellt ist, ist der Beamte auch Repräsentant der nationalsozialistischen Bewegung.

Der Redner wandte sich dann organisatorischen Fragen zu und wies die Vorwürfe, daß er mit der Zusammenlegung der Verbände eine Gleichmacherei betriebe, zurück. In diesem Zusammenhang teilte er mit, daß eine Anordnung des Reichsinnenministers und des Stellvertreters des Führers vom 10. Februar d. J. über die wir an anderer Stelle berichten) alle noch bestehenden Unklarheiten beseitigt.

Zum Schluß seiner Ausführungen warnte Hg. Neef die Beamten vor allen reaktiven Bestrebungen, vor allem auch, wenn diese sich hinter religiöser Befähigung verbrieten und forderte sie auf, in allem dem

deutschen Volke ein Vorbild zu sein und in unwandelbarer Treue und Disziplin zum Führer zu stehen.

Hg. Reef weichte dann über 100 Fahnen des Amtes für Beamte bei den Kreisen und den Fachschaften, worauf die machtvolle Kundgebung mit einem Sieg-Heil auf den Führer und dem gemeinsamen Gesang des Deutschland- und Horst-Wessel-Lieds schloß. Während sich anschließend die Ehrengäste zum Neuen Schloß begaben, um dort den Vorbeimarsch der schwäbischen Beamten abzunehmen, formte sich vor der Rotenbühl-Lafete ein langer Zug, der, unterbrochen von Fahnen und Musikzügen, sich durch die Poststraße, Königstraße und Adolf-Hitler-Straße zum Schloßplatz bewegte.

Die ganze Wegstrecke war schon seit einer halben Stunde von einer Menschenmauer dicht umlagert. Überall von allen Häuserfronten grüßten die Fahnen des Reiches.

Der Vorbeimarsch

Vor dem Neuen Schloß hatten die Mitglieder der Regierung sowie der Leiter des Amtes für Beamte auf einer kleinen Erhöhung ihren Platz eingenommen, um die Marschkolonnen zu begrüßen.

Während der Zustrom an Zuschauern immer noch anhielt, hörte man die ersten Musikkapellen des Aufmarsches näher und näher kommen. Die erste Truppe, die kurz nach 12 Uhr vorbeimarschierte, war der Musikzug der Württ. Landespolizei. Ihnen folgte etwa 800 Mann Polizeitruppen, 600 Mann Landjäger, dann kam die Standartenkapelle 119, und schließlich die unauflösbare Reihe von Beamten aus dem ganzen Schwabenland.

Vom Neuen Schloß ging der Zug zum Marktplatz, wo die Auflösung der Marschkolonnen erfolgte.

Steuerabbau in Sicht

Einkommensteuerreform — Entlastung von Verbrauch und Besitz

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, veröffentlicht einen Artikel über „Volksgemeinschaft und Steuerpflicht“, worin er darauf hinweist, daß das Rechnungsjahr 1933 das erste Jahr sein wird, in dem das Ankommen an Steuern nicht mehr wie in vergangenen Jahren um Hunderte von Millionen hinter dem Voranschlag zurückbleibt, sondern diesen erreichen, wahrscheinlich sogar etwas übersteigen wird. Er kündigt gleichzeitig an, daß die Steuerreform, die im Laufe des Jahres Gesetz wird, einkommensteuerlich zum ersten Male auf das Einkommen von 1934 Anwendung findet und eine Fortsetzung des Abbaues von Steuern — der ja bereits bei der Kraftfahrzeugsteuer, der Schaumweinsteuer und der landwirtschaftlichen Umsatzsteuer eingeleitet ist — in sich schließen soll.

Durch diese Steuerreform wird eine allgemeine Entlastung von Produktverbrauch und Besitz eingeleitet werden. Der Staatssekretär knüpft daran die Meinung, daß jetzt die letzte Gelegenheit gekommen ist, um frühere Steuerlücken wieder gut zu machen. Bis zum 31. März besteht die Möglichkeit, eine Strafe zu vermeiden, wenn ein entsprechender Betrag an freiwilligen Spenden zur Förderung der nationalen Arbeit bezahlt ist. Nach Ablauf dieser Frist ist die Strafe in keinem Falle mehr abwendbar.

Parteimitgliedschaft und Beamtentum im Saargebiet

Rudolf Heß zum Kampf um die Saar

Berlin, 11. Febr. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, gibt über die Frage der Zugehörigkeit zur NSDAP. des Reiches nach der Abstimmung zur NSDAP. des Reiches folgendes bekannt:

Eine ganze Anzahl von Anfragen aus dem Saargebiet, die die spätere Zugehörigkeit zur NSDAP. des Reiches und die notwendigen Voraussetzungen für eine solche spätere Mitgliedschaft betreffen, haben mich veranlaßt, den Führer Adolf Hitler um eine Entscheidung zu bitten. Nach Rücksprache mit dem Führer bin ich durch ihn ermächtigt worden, bekannt zu geben, daß die Mitgliedschaft zur NSDAP. des Saargebietes an sich noch keinen Anspruch darstellt auf eine spätere Übernahme als Mitglied in die Reichspartei. Schon deshalb nicht, weil die NSDAP. des Saargebietes völlig selbständig ist.

Nach der Abstimmung kann jeder Deutsche, der sich um die deutsche Sache bei der Abstimmung besonders verdient gemacht hat, ohne Rücksicht auf seine bisherige Zugehörigkeit Mitglied der Reichspartei werden. Hingegen bleibt all denen der Zugang der NSDAP. gesperrt, die in der Zeit des Abstimmungsstempels partei- oder weltanschauliche Fragen in einer Form erörterten, durch die der Zusammenhalt der Deutschen irgendwie gefährdet werden könnte. Denn an der Saar gibt es für alle wahren Deutschen jeder Konfession, jeder Partei und jedes Standes nur eine Parole „Zurück zu unserem Deutschland!“ Diese Parole hat alle zusammengeführt, die zusammenstehen wollen für das große, gemeinsame deutsche Vaterland. Wer diese Parole sabotiert, hat in aller Zukunft kein Recht, sich Nationalsozialist zu nennen, und er wird des-

„Kraft durch Freude“ marschiert

Berlin, 11. Februar. Samstag vormittag fand eine Sitzung sämtlicher Amtsleiter der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ statt. Die einzelnen Amtsleiter äußerten sich über die bisher geleistete Arbeit, wie auch über die weiteren geplanten Maßnahmen. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß auf allen Gebieten erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Von den einzelnen Aemtern ist folgendes zu sagen:

Amf für Reisen, Wandern und Urlaub: Die Urlaubszüge sind fertiggestellt. Die Teilnehmer stehen in allen Gauen fest. Die ersten Züge starten am 17. Februar, die letzten spätestens am 21. Februar. Nähere Mitteilungen erfolgen noch.

Kulturamt: Hg. Weidemann berichtet von dem ungeheuren Widerhall, den das Preisauschreiben in allen Teilen der deutschen Künsterschaft hervorgerufen habe. Die Bearbeitung der eingegangenen Vorschläge und Entwürfe ist bereits in Angriff genommen. In etwa 14 Tagen wird das

skurrant in Form einer großen Matinée-Veranstaltung in Berlin an die Öffentlichkeit treten, in der jede Abteilung zeigen wird, was das Kulturamt innerhalb der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ bezweckt und will.

Amf für Schönheit der Arbeit: Hier werden zunächst zwei bestehende Betriebe, und zwar ein mittlerer und ein größerer unter Mitarbeit des Amtes nach den Grundsätzen desselben hergerichtet werden, um so den einzelnen Betriebsführern im Reich bildhaft zeigen zu können, wie die Arbeitsstätten ihren oft dumpfen Charakter verlieren, wie den arbeitenden Menschen der Aufenthalt in Arbeitsstätte und Erholungsraum angenehm gemacht werden kann.

Amf für Ausbildung: Der deutsche Stenographenverband hat sich bereit erklärt, kostenlose Kurse in Stenographie und Schreibmaschine für die Mitglieder der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ einzurichten, die von ehrenamtlichen Fachlehrern durchgeführt werden.

Dem deutschen Film — ein deutsches Gesicht

Minister Goebbels über die Aufgaben der Filmschaffenden

Berlin, 11. Febr. Reichsminister Dr. Goebbels hielt am Freitag abend in der Kroll-Oper vor den Filmschaffenden eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Der deutsche Film ist heute allmählich wieder auf der aufsteigenden Linie. Wir sind der Überzeugung, daß der Film eines der modernsten und weitreichendsten Mittel zur Beeinflussung der Massen ist, die es überhaupt gibt. Eine Regierung darf deshalb den Film nicht selbst überlassen.

Lassen Sie mich einen kurzen Rückblick auf das Wesen, was wir im Jahre 1933 auf dem Gebiet des Films übernommen haben. Als wir die Macht übernahmen, sahen die Regisseure in den leeren Filmateliers. Sie hatten kein Geld mehr. Sie hatten kein Publikum mehr. Die ganze künstlerische Welt war im Begriffe, vor diesem Zusammenbruch zu kapitulieren. Diese Erbbschaft übernahmen wir.

Das wichtigste, was vorab gelöst werden mußte, war

die Frage der Organisation

Aus diesem Grund haben wir alle an der Filmwirtschaft Beteiligten in einer großen Gesamtorganisation zusammengefaßt.

Die zweite Folgerung, die wir ziehen mußten, war die Ausschaltung der Juden. Das mag hier und da zu einer menschlichen Tragödie führen. Das kann uns aber so leicht nicht berühren, da in den vergangenen 14 Jahren auch manche menschliche Tragödie zu verzeichnen war, die in dem Falle aber nicht die Juden, sondern uns betraf. Damit war schon jungen deutschen Talenten wenigstens der Weg freigemacht, sich zu bewegen. Die Ateliers füllten sich nun wieder mit Leben.

Ich habe hier und da schon den Versuch unternommen, auch auf die Kritik einen günstigen Einfluß auszuüben.

Ein Kritiker allerdings, der auf dem Gebiet irgendeiner Kunstgattung gar nichts geleistet hat, hat nicht das Recht, so von oben herab jede künstlerische Leistung herunterzureißen.

Auf der anderen Seite wünschen wir aber eine redliche und positive Kritik vor allem auf dem Gebiet des künstlerischen Lebens.

Was die Stoffe selbst anlangt, so wick ich sehr wohl, daß es hier noch sehr im argen liegt. Ich gebe zu, daß kurz nach unserer Machtübernahme viele Firmen die redliche Absicht gehabt haben, im Geiste der Zeit Filme zu schaffen. Daß diese Absicht

mißlang, lag nicht an uns, sondern an den Vorkriegern des Films. Es wurde meistens nur ein ganz äußerliches Abschreiben von Symbolen und Gebräuchen.

Wichtig ist es vor allem, daß die deutsche Filmproduktion nun endgültig lernt, daß der Grundton ihrer Arbeit nicht auf dem Verdienst, sondern auf dem Dienst liegt. Ich muß nur verlangen, daß er nicht gegen die elementarsten Lebens- und Sittengesetze verstößt. Ich verlange aber nicht, daß ein Film mit nationalsozialistischen Parodiemärschen anjängt und aufhört.

Aber auch für die Produktion gilt der Grundsatz, daß auf dem Gebiet des Films irgendwas, auch nicht auf der geschäftlichen Seite, ein Mensch tätig sein kann, der bar jedes künstlerischen Empfindens ist.

Im Film hat ein reiner Geschäftsmacher nichts zu tun!

Für die Finanzierung werden wir mutig dieselben Wege weiter beschreiten, die wir schon einmal eingeschlagen haben, wo es an Privatkapital gebricht, da werden wir staatlischerseits eingreifen. Ich bin seit einiger Zeit mit dem Herrn Reichsfinanzminister in Verhandlungen, und ich glaube, heute schon mitteilen zu dürfen, daß bei der in ganz kurzer Zeit in Vollzug kommenden großen Reichssteuerreform die Lustbarkeitssteuer für den Film überhaupt abgehebt wird.

Ich möchte mich gegen die Unterstellung verwahren, wir hätten die Absicht, den Film nationalsozialistisch-programmatisch umzufälschen. Wir haben die Absicht, dem Film ein deutsches Gesicht zu geben, wir wollen auch nicht, daß der Nationalsozialismus durch die Auswahl des Stoffes zur Darstellung kommt, sondern durch die Gestaltung des Stoffes. Der deutsche Film wird einmal die Welt erobern, wenn er wieder als deutscher Film auftritt.

Empfana der Filmschaffenden bei Dr. Goebbels

Im Anschluß an den Vortrag des Reichsministers Dr. Goebbels fand in den Räumen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda ein Empfang statt, zu dem etwa 200 Gäste, in der Hauptsache von Bühne und Film, geladen waren.

Zusammentritt des Ausschusses für die Saarabstimmung

am 15. Februar

Genf, 10. Febr. Wie das Völkerbundssekretariat bekannt gibt, wird der Dreierausschuß des Völkerbundsrates für die Vorarbeiten der Saarabstimmung endgültig am 15. Februar in Genf zu seiner zweiten Sitzung zusammentreten.

Der Ausschuß steht bekanntlich unter dem Vorsitz des Italiener Baron Aloisi. Ferner gehören ihm der Argentinier Cantilo und der Spanier Madariaga an. Es handelt sich diesmal um die erste Arbeitstagung, für die als Unterlagen der angelegte Fragenbogen des Völkerbundssekretariats und ein Bericht des Präsidenten der Saarregierung vorliegen. Im Völkerbundssekretariat sind die Punkte zusammengestellt worden, die der Dreierausschuß in der nächsten Zeit klären soll, um dann dem Völkerbundsrat Vorschläge zu machen. Die Einzelheiten sind noch nicht bekannt gegeben. Eine Reihe von Punkten aber ergibt sich schon zwangsläufig aus dem Wortlaut der Vorträge.

Protest gegen die Vergewaltigung des Memellandes

Schritt der Unterzeichnermächte der Memellkonvention in Kowno

Kowno, 11. Febr. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß in Kowno anwesende Vertreter der Unterzeichner der Memellkonvention, die Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens bei dem litauischen Außenministerium vorgeschrieben haben wegen der jüngsten Vorgänge im Memelgebiet und wegen der etwaigen Auswirkungen des neuen litauischen Gesetzes zum Schutze von Volk und Staat auf die Autonomie des Memelgebietes.

Vorbereitungen für Edens Rundreise

Sitzung des Abrüstungsausschusses des englischen Kabinetts

London, 10. Febr. Der Abrüstungsausschuß des englischen Kabinetts trat am Freitag vormittag in Downingstreet 10 zusammen. Der Sitzung wohnte neben dem Außenminister Sir John Simon auch der Lordsegelbewahrer Eden bei. Nachdem sich die Lage in Frankreich beruhigt hat, war es dem Ausschuß möglich, die Einzelheiten der Reise Edens nach Paris, Rom und Berlin zu erörtern. In unterrichteten Kreisen wird jedoch damit gerechnet, daß noch eine kurze Zeit vergehen wird, bevor die Reise Edens endgültig festgelegt wird.

Wie ferner mitgeteilt wird, hat seit dem Herausbringen der neuen englischen Abrüstungsvorschläge auch ein diplomatischer Meinungsaustausch über die betreffenden Punkte stattgefunden. Dieser Meinungsaustausch habe jedoch hauptsächlich wegen der Regierungskreise in Frankreich nur geringe Fortschritte gemacht.

Amerikanisches Marinebudget angenommen

Washington, 10. Febr. (Reuter.) Der Senat hat die Vorlage des Marinehaushalts in Höhe von 284 Millionen Dollar angenommen. Die Vorlage geht jetzt zur Prüfung der daran vorgenommenen unwesentlichen Änderungen an die Kammer zurück.

Neueste Nachrichten

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat angeordnet, daß am 5. März 1934 wiederum eine Fäschung der Schweine und in Verbindung damit eine Ermittlung der nicht beschaupflichtigen Hansschlachungen von Schweinen in den drei Monaten vom 1. Dezember 1933 bis 28. Februar 1934 durchgeführt wird.

Die Geheime Staatspolizei führte am 7. Februar bei einer Anzahl protestantischer Geistlicher Hanssuchungen an verschiedenen Orten Badens durch, nachdem festgestellt wurde, daß in einer Sitzung der Karlsrühr-Ortsgruppe der kirchlich-politiven Vereinigung Äußerungen gegen den Staat und dessen Führer gefallen sind.

Einen schweren Schlag gegen die illegale NSD. in Nordbayern konnte die Nürnberger politische Polizei durchführen. Nach wochenlangen Beobachtungen gelang es ihr, den gesamten neuangekauften illegalen Apparat der NSD. in Nürnberg aufzudecken. Sämtliche Funktionäre, über 20, wurden verhaftet. In Firmensachen wurde eine illegale Kommunistenorganisation aufgedeckt. 30 Verhaftungen wurden dabei vorgenommen.

Den konfessionellen Jugendverbänden im Regierungsbezirk Düsseldorf ist das Uniformtragen und die sportliche Betätigung untersagt worden.

Zwischen Vertretern der deutschen und der schweizerischen Regierung ist eine Einigung über ein neues Transferrabkommen zustande gekommen. Es sieht eine volle Befriedigung der Schweizer Gläubiger zusehenden Strips aus dem Erlös zusätzlicher Ausfuhrerträge nach der Schweiz vor.

Mit dem 1. April wird auch für Japan ein deutscher Militärattache ernannt werden. Für diese Stellung ist Oberstleutnant Ott in Aussicht genommen.

Auf der Sitzung der Notenbankgouverneure in Basel wurde erneut auf die durch die Goldverschöpfung von Land zu Land entstehenden Anzuträglichkeiten hingewiesen und betont, daß all-in das Goldclearing wirksame Abhilfe schaffen könne.

Bei den letzten nächtlichen Unruhen in Paris sind zwei Polizeibeamte durch Schüsse getötet und 32 verletzt worden. In zwei Krankenhäusern wurden nicht weniger als 115 Verletzte eingeliefert.

Der litauische Staatspräsident hat ein Gesetz zum Schutze von Volk und Staat erlassen, das schwere Strafen für diejenigen vorsieht, die das litauische Volk verächtlich machen oder staatsfeindlichen bzw. ausländischen Organisationen angehören, sowie gegen Herausgeber von Druckerzeugnissen die vom Auslande unterstützt werden.

Der neue japanische Botschafter in Amerika, Saito, traf in Newyork ein. Zu Pressevertretern sagte Saito, daß der Gedanke an einen japanisch-russischen Krieg Phantastik sei. Wenn Japan mit Rußland Krieg führen würde, dann bedeute dies den Krieg mit allen andern Nationen einschließl. Amerikas. Japan wolle aber nicht Selbstmord begehen.

Pflege des Exports ein Gebot der Zeit

Zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, die sich dem Wiederaufbau des deutschen Außenhandels entgegenstellen, ist die Zusammenfassung und das Zusammenwirken aller beteiligten Kreise erforderlich.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Reichsregierung das „Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels“ erlassen. Der zu diesem Gesetz gebildete Beirat der Außenhandelsstelle für Württemberg trat am 5. Februar erstmals in der Handelskammer Stuttgart zusammen. Die Sitzung wurde geleitet von Generaldirektor Walter Hartmann, Vorsitzender der Handelskammer Heidenheim, der vom Reichswirtschaftsminister zum Vorsitzenden des Vorstands der Außenhandelsstelle berufen worden ist. Der Vorsitzende begrüßte die Beiratsmitglieder, besonders den Vertreter des Wirtschaftsministers, Ministerialdirektor Staiger. Sodann teilte er mit, daß in den Vorstand außer ihm vom Reichswirtschaftsminister noch berufen wurden der Präsident des Württ. Industrie- und Handelsrats und Vorsitzende der Handelskammer Heiltingen, Fabrikant Krümmel-Heiltingen, ferner, daß von der Reichsstelle für den Außenhandel der Smolthaus der Handelskammer Stuttgart, Dr. Hoffmann, als Leiter und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Außenhandelsstelle für Württemberg bestellt wurde.

Der Leiter der Außenhandelsstelle gab sodann die Zusammenlegung des als beratendes Organ und Vorkörper zwischen der Außenhandelsstelle und der Wirtschaft berufenen Beirats im einzelnen bekannt. Der Beirat besteht aus 39 Mitgliedern. Die Württembergische Regierung ist vertreten durch den Wirtschaftsminister Prof. Dr. Lehmann und den Berichterstatter für Außenhandelsfragen im Ministerium, Oberregierungsrat Götzler der Außenhandelsrat bei der Reichsstelle für den Außenhandel durch seine Mitglieder Direktor Fellmeth, Dr. Robert Wolf, Stuttgart, und Generaldirektor Junghans, Sa. Gebr. Junghans AG., Schramberg. Im übrigen setzt sich der Beirat vornehmlich aus Vertretern wichtiger am Export beteiligter einheimischer Wirtschaftskreise, sowie den Vorsitzenden der Handelskammern und deren Geschäftsführern zusammen. Aus dem Beirat wurden sodann ein engerer Arbeitsausschuß, bestehend aus 11 Mitgliedern, gebildet.

Daran anschließend führte Ministerialdirektor Staiger als Vertreter des Württ. Wirtschaftsministeriums aus, daß durch die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Württ. Wirtschaftsministerium,

Der Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer sammelt alle Kritiken am Rund-



funk. Wer sich über den Rundfunk freut oder ärgert, schreibe dies zur Weiterleitung an Kreisgruppe Groß-Stuttgart des Reichsverbands Deutscher Rundfunkteilnehmer, Stuttgart, Charlottenplatz 1.

dem Württ. Industrie- und Handelsrat und den einzelnen Handelskammern schon mancher Erfolg auf wirtschaftlichem, namentlich auch auf dem Gebiet der Außenhandelsförderung erzielt worden sei.

Weiter müsse zugegeben werden, daß der Außenhandel Deutschlands durch die Verregelung der Einfuhr fast sämtlicher am Weltwirtschaftsverkehr beteiligter Länder durch Zollserhöhungen, Kontingentierung der Einfuhr, Einfuhrverbote für bestimmte Waren, Devisenhandelsbeschränkungen, Postkontrollen sehr stark zurückgegangen sei. Bei der Betrachtung der deutschen Gesamtausfuhrbilanz müsse festgestellt werden, daß die Ausfuhr im Jahre 1933 gegenüber 1932 um rund 15 Prozent zurückgegangen sei. Das Wirtschaftsministerium vertrete die Auffassung, daß die Warenausfuhr mit allen Kräften zu fördern sei und er könne der Württ. Exportindustrie versichern, daß sich, wie bisher, so auch in Zukunft das Wirtschaftsministerium die Pflege und Förderung des Außenhandels aufs Nachdrücklichste angelegen sein lasse. Die deutsche Ware könne sich aber auf dem Weltmarkt nur behaupten, wenn die Hersteller auch in Zukunft größten Wert auf Qualität ihrer Fabrikate legen.

Der Vorsitzende gab darauf einen Überblick über die Entstehungsgeschichte der Außenhandelsstellen, deren Zahl zurzeit im Reich 19 beträgt. Es folgte dann ein Vortrag des Leiters der Außenhandelsstelle für Württemberg über „Organisation und Aufgaben der Außen-

Der neue Staat schützt Mutter und Kind

Pg. Hilgenfeldt über das Winterhilfswerk

Stuttgart, 10. Februar.

Wenn wir unsern Bericht über die gestrige Stadthalle-Verammlung mit Pg. Hilgenfeldt mit der Feststellung einleiten, daß die Stadthalle nur schwach besetzt war, so geschieht dies, um damit an alle, die es angeht — wir denken dabei vor allem an die Parteigenossenchaft —, die Mahnung zum stärkeren Besuch gerade solcher, für das Allgemeininteresse ungeheuer wichtigen Kundgebungen, zu richten. Schon allein die Tatsache, daß Reichsstatthalter Murr, Ministerpräsident Mergenthaler und Oberbürgermeister Dr. Strölin, sowie der stellvertretende Gauleiter Schmidt und Kreisleiter Maier nebst vielen anderen Vertretern staatlicher und städtischer Behörden der Versammlung beiwohnten, unterstreicht für die Zukunft die absolute Verpflichtung jedes Volksgenossen zum Besuch ähnlicher Veranstaltungen.

Pg. Günther, Bezirksführer der NS-Volkswohlfahrt, eröffnete die Kundgebung mit kurzen Worten, worauf Pg. Kling in einer kurzen Ansprache die grundlegende, weltanschauliche Bedeutung des Begriffes „Blut und Boden“ behandelte.

Von reichem Beifall begrüßt trat dann

Pg. Hilgenfeldt

der Mann, dem der Führer das Winterhilfswerk des deutschen Volkes in Obhut gegeben hat, zum Rednerpult. Er leitete seine großangelegte Rede mit herzlichen Worten des Dankes für die Opferbereitschaft der am Winterhilfswerk Beteiligten ein, um dann zum Aufbau dieses größten sozialen Hilfswerkes aller Zeiten überzugehen.

Als mir der Führer den Auftrag zur Durchführung des Winterhilfswerks gab — so führte Pg. Hilgenfeldt aus —, da waren es der Pessimisten gar viele, die mir, nach den Erfahrungen der letzten Jahre, schon von vornherein einen Mißerfolg prophezeiten. Dafür ein Beispiel: Im letzten Jahre des Systems wurde an alle Postfachkunden ein Appell zur Winterhilfe gerichtet, der insgesamt 32 000 M. einbrachte. Dieser Einnahme standen aber nicht weniger als 36 000 M. Verwaltungskosten gegenüber...

Seinerzeit appellierte man an das Leid des Volkes für die Armen und Bedürftigen; wir sind den entgegengesetzten Weg gegangen: Wir haben der Kraft und der Stärke des deutschen Volkes vertraut, und an sie appelliert. Und der Erfolg hat uns recht gegeben. Heute beneidet uns die ganze Welt um dieses einzigartige Hilfswerk, mit dem wir die Achtung des Auslandes wieder erlangen haben. Keine andere Tat der Regierung Hitler hat einen solchen Eindruck auf das Ausland gemacht, als das Winterhilfswerk. Ermöglicht wurde dieses gewaltige Werk jedoch nur durch die hingebende Opferbereitschaft der insgesamt 1 1/2 Millionen ehrenamtlich tätiger Mithelfer. Dadurch wird ein Riesenaufwand an Verwaltungskosten erparnt, die sich so nur auf eins vom tausend belaufen.

Neben der sozialen Hilfe, die das Winterhilfswerk Millionen und aber Millionen not-

leidender Volksgenossen brachte, konnte eine nicht unbeträchtliche Belebung der Wirtschaft herbeigeführt werden. An einigen Beispielen zeigte der Redner, daß jegliche Störung des Wirtschaftslebens vermieden wurde, weil das Wohl des Volkes auch in diesem Falle die oberste Richtschnur unseres Handelns bildete.

Ueberleitend zu den Sünden der Vergangenheit hinsichtlich unserer Volksgesundheit, betonte Pg. Hilgenfeldt die auch vom Führer des öfteren ausgesprochene Notwendigkeit einer durchgreifenden, erfolgreichen Bekämpfung des Geburtenrückgangs, der unser Volk, wenn es so wie bisher weitergeht, schon in 25 Jahren dem sicheren Ende zuführt. In gleicher Weise müssen wir aber auch darauf bedacht sein, alles Krankhafte, Ungeheuer aus unserem Volkstörper auszumerzen. Es ist eine falsche Barmherzigkeit, wenn ein übermäßiger Aufwand für Kranke zum Schaden des Gesunden getrieben wird.

Ein einziger Fall möge dies unter Beweis stellen: Da lebt in einer Schwachsinngig-Anstalt seit langen Jahren ein Mensch, der seinen eigenen Kot frißt und darüber hinaus noch typhuskrank ist. Nicht weniger als sechs seiner Pfleger und Pflegerinnen wurden von ihm infiziert und sind daran gestorben. Verlangt die Barmherzigkeit, daß ein solcher Mensch am Leben bleibe? Um so unverständlicher erscheint daher die Selbstaufnahme verschiedener Kreise gegen das Sterilisationsgesetz, das für die Zukunft ähnliche Fälle unerbittlich. Wenn wir die restlose Ausmerzung aller Wider-natürlich-Kranken vollzogen haben, hingegen dem Gesunden und Starren jede ihm zumutende Hilfe angedeihen lassen, dann werden wir ein Volk von solcher Kraft und Blüte werden, wie es auf Erden nicht seinesgleichen hat.

Daß unser Appell an das deutsche Volk nicht vergebens war, erfüllt uns mit tiefer Freude. Aus allen Teilen werden starke Geburtenzunahmen gemeldet. Das aber legt uns die heilige Verpflichtung auf, für Mutter und Kind zu sorgen, um nicht in den Fehler der Vergangenheit zu verfallen. 50 Prozent aller Abtreibungen wurden nach behördlichen Feststellungen nur sozialer Notlage wegen begangen. „Wenn uns, so führte Pg. Hilgenfeldt unter Zustimmungdem Jubel aus, nichts das Recht gegeben hätte, das alte System zu stürzen, so wäre es allein diese ungeheuerliche Tatsache gewesen.“

Auch werden wir uns niemals verleiten lassen, die Mütter unehelicher Kinder verächtlich zu machen. Wir werden im Gegenteil auch diesen helfend unter die Arme greifen, uns so zu einer höheren Sittlichkeit bekennend. Die Mahnung Pg. Hilgenfeldts, überall, wo es auch immer sein möge, bevölkerungspolitische Propaganda im Sinne des Führers zu treiben, fiel, wie der reiche Beifall bewies, auf fruchtbaren Boden. Deutschland- und Horst-Wesfel-Lied beschlossen die eindrucksvolle Kundgebung.

Vom Spiel in den Tod

Sigmaringen, 11. Febr. Am Freitag vergnügte sich in Gauchertal Schultind mit dem althergebrachten „Stromann-treiben“. Von Sigmaringendorf her kam das mit zwei Pferden bespannte unbeladene Fuhrwerk des hiesigen Landwirts Hermann Kern. Mählich schauten die Pferde angefaßt des Stromanns und nahmen Reißaus, direkt auf die Kinderbar zu. Die siebenjährige Rosa Kern und die zehnjährige Franziska Kessel kamen nicht mehr rasch genug von der Straße weg und Pferde und Wagen gingen über die beiden Mädchen hinweg. Dabei erlitt die Schülerin Rosa Kern, eine Enkelin des Fuhrwerksbesizers, so schwere innere Verletzungen, daß das Kind in den Morgenstunden des Freitags starb. Die Verletzungen der Franziska Kessel sind nach dem Urteil des Arztes leichter Natur.

Interessante Zahlen aus der deutschen Wirtschaft

Der Einfuhrüberschuß Deutschlands an Nahrungs- und Futtermitteln ist im Jahre 1928 von 4,8 auf 1,8 Milliarden im Jahre 1932 zurückgegangen; aber der Anteil dieser Erzeugnisse am Einfuhrüberschuß ist wegen noch stärkerer Schrumpfung der übrigen Einfuhr von 34 auf 39 Prozent gestiegen. Ueber die Hälfte der deutschen Industrieerzeugnisse hat durch Kartelle gebundene Preise. — Nach einer gründlichen Berechnung reichen die Braunkohlevorräte Mitteleuropas auf 318 Jahre aus, wenn die jährliche Abbaumenge im Durchschnitt derjenigen von 1932 gleichkommt. — Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich in Deutschland die Anbaufläche für Erdbeeren vervinfacht, für Spinat und Salat etwa verdreifacht, für Blumentohl und Spargel nahezu verdoppelt. — Die Vermögenswerte



Deutsche Arbeitsfront, Kreis Calw

Betrifft den heute um 8 Uhr stattfindenden Schulungsabend in der Gewerbeschule.

Für sämtliche Amtswalter der NSBD (Betriebs-Obmänner), der Verbände, der Arbeitsfront sowie sämtliche Betriebsräte der Betriebe des Kreises ist die Teilnahme am Schulungsabend dringend erforderlich.

Kreisbetriebszellen-Obmann.

der Deutschen Reichspost betragen etwa 2,5 Milliarden Mark. — In Deutschland gibt es fast 12 000 Kleinplanzer von Tabak, die Tabak lediglich für den eigenen Hausbedarf pflanzen; sie wohnen hauptsächlich in Ostpreußen. — Die deutsche Wirtschaft hat seit Ausbruch der Kreditkrise im Sommer 1931 rund 5 Milliarden Mark Schulden zurückbezahlt. — In Deutschland gibt es 209 Zunderfabriken, deren Zunderzeugung gegenwärtig 13,5 Millionen Doppelzentner beträgt. — In dem Archiv der Berliner Firma Binschtröm A.-G. werden etwa 300 000 Schallplatten-Originalaufnahmen aufbewahrt, darunter über 10 000 sprachwissenschaftliche Aufnahmen aus der Südsee, aus Südamerika und anderen wenig erforschten Völkern.

Leigensleuener im Ranigehäst

Was uns groß und heilig ist, die Erinnerung an die im Weltkrieg gefallenen deutschen Männer, das kann in den Händen von schmutzigen Krämerseelen eine Kulturschande werden, die ihresgleichen sucht. In New York gibt es ein sogen. Kriegserinnerungsgeschäft. Der „New York Herald“ veröffentlichte vor kurzem die Warenliste dieses sauberen Hauses. Die Leser wollen nicht erschrecken: Da hieß es: „Nr. 891 Ein Beinchen, genommen von dem Schlachtfeld auf dem „Toten Mann“. Die Echtheit des Knochens kann durch Photographien erwiesen werden. Preis 4 Dollar. Nr. 982: Fingerknochen, ebenfalls vom „Toten Mann“. Eine außerordentlich effektvolle Reliquie für Dielen oder Ausstellungs-hallen. Preis pro Stück 6,50 Dollar oder fünf Dollar das Duzend. Nr. 600: Schädel deutscher Soldaten. Genommen vom „Toten Mann“. Mit dem Schädel geben wir gratis eine große Photographie, die ihn unter Tausenden anderen zeigt. Preis 7 Dollar.“

Entsetzlich. Irigendwo in deutschen Landen sind die Angehörigen jener vielen, deren Knochen und Schädel der geschäftstüchtige Amerikaner für lumpige Dollars verschachert. Die sterblichen Ueberreste der Toten des Vaterlandes — Geschäftsobjekte, die, wie jenes Blatt berichtet, reichenden Absatz gefunden haben!

Schlamm genug sind auch die andern Kriegsenden: Nr. 922: Eisene Fußstiefeln eines deutschen Maschinengewehrschützen. Während des Rückzuges wurde der Schütze an das MG angeheftet und ging so zugrunde. Preis pro Paar 3,75 Dollar. Nr. 785: Diefle Granate, welche die „deutschen Horden“ in Belgien aufhielt, stammt aus Lüttich. Preis 4 Dollar.“ Jeder merkt die Grenzpropaganda, die hier nebenbei getrieben wird. Die Deutschen sind für diese Krämerseelen noch immer die Barbaren. Wir aber fragen: Wo sind denn die Barbaren, wenn da einer mit deutschen Schädeln, Knochen und Geflossen handelt, wenn er Photos anbietet: „Abschuß eines Boche-Flugzeuges für 25 Cent.“ Wie gesagt, der Mann macht gute Geschäfte. Nochmals: Wo sind die Barbaren?

„Neues Volk“

Blätter des Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege

Die Gaupropagandaleitung teilt uns folgendes mit: Durch Verfügung des Stellvertreters des Führers, Reichsminister Pg. Heß, wurde angeordnet, daß nunmehr sämtliche Parteidienststellen zur Erziehung einheitlicher Schulung auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik und Rassenpflege nur noch in englischer Verbindung mit dem Aufklärungsamt für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege vorgehen sollen.

Um jeden deutschen Volksgenossen, jede deutsche Frau und unsere gesamte heran-reifende Jugend zu Mitzämpfern auf dem das Schicksal der deutschen Nation entscheidenden Gebiet der Bevölkerungspolitik zu erziehen, ist die weiteste Verbreitung der Monatschrift „Neues Volk“, illustrierte Blätter des Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege, in hohem Maße richtunggebend.

Um möglichst weite Kreise der deutschen Volksgemeinschaft in den in Kürze konzentriert einsetzenden Aufklärungskampf der Reichsregierung einzuschalten, erfordern wir die gesamte Presse, alle Stellen der PD., Jugendverbände, Bürgermeister, Landräte, Amts- und Ortsvorsteher, Ständesbeamte, Kreisärzte, Geistliche, Juristen, Volkswirte, Lehrer, Wohlfahrtsämter, öffentliche Büchereien, Ehe- und Siedlerberatungsstellen, Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer auf die Notwendigkeit von Bezug und Verbreitung der Monatschrift „Neues Volk“ hinzuweisen.

